

»Wir sind auf halbem Wege, aber noch weit vom Ziel entfernt.«

Interview mit Ulrika Modéer, beigeordnete Generalsekretärin, beigeordnete Administratorin und Direktorin des Büros für Außenbeziehungen und Interessenvertretung (BERA) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) über die Umsetzung der SDGs, Geschlechtergleichstellung und eine besondere aktuelle Herausforderung für das UNDP.

Sophie Humer-Hager (SHH): Dieses Jahr findet die Halbzeitüberprüfung der Umsetzung der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) statt: Wie bewerten Sie die bisherigen Fortschritte und was muss die internationale Gemeinschaft bis zur Erreichung der Ziele im Jahr 2030 noch leisten?

Ulrika Modéer: Auf dem Gipfeltreffen zu den Zielen für nachhaltige Entwicklung (Sustainable Development Goals – SDG) während der Generalversammlung im September dieses Jahres werden wir eine Bestandsaufnahme machen. Dabei werden wir berücksichtigen, was in den letzten Jahren im Rahmen der COVID-19-Pandemie und deren schwerwiegenden Folgen für die sozioökonomische Lage in bestimmten Ländern geschehen ist. Durch das UNDP wissen wir, dass 52 Staaten so hoch verschuldet sind, dass sie kaum noch Zugang zum Kapitalmarkt haben. Hinzu kommt die weltweite Wirtschaftskrise, die sich auf die Kraftstoff- und Energiepreise auswirkt und zu einer Krise der Lebenshaltungskosten geführt hat. Wie das UNDP und einige Jugendvertreter und -vertreterinnen auf dem letzten Jugendforum des Wirtschafts- und Sozialrats (Economic and Social Council – ECOSOC) bereits sagten: »Wir sind auf halbem Wege, aber noch lange nicht am Ziel«. Laut unserer Berichte gibt es bei 30 Prozent der SDGs sogar einen Rück-

wärtstrend. Wir bewegen uns also noch nicht einmal langsam vorwärts, sondern tatsächlich rückwärts. Das ist natürlich wirklich äußerst besorgniserregend.

Wenn wir uns die Unterziele ansehen, sind wir bei etwa der Hälfte von ihnen stark vom Ziel abgewichen und bei nur zwölf Prozent wirklich auf dem richtigen Weg. Da die internationale Gemeinschaft in den vergangenen Jahren mehrere Schocks erlebt hat, sind diese Entwicklungen jedoch wenig überraschend. Niemand ahnte, dass wir zum Beispiel eine Pandemie würden bewältigen müssen.

Die Verhandlungen über die SDGs bis zum Jahr 2015 waren einer der beratungsintensivsten und äußerst integrativen Prozesse, der jemals auf internationaler Ebene stattgefunden hat. Er führte zu der bedeutsamen Entscheidung, die wirtschaftliche mit der sozialen Nachhaltigkeit zu verbinden und dabei auch die Grenzen unseres Planeten zu berücksichtigen. Diese Agenda ist wichtiger als je zuvor, und sie ist relevanter als je zuvor. Wenn wir im heutigen Umfeld verhandeln würden, mit den derzeitigen Konflikten und extrem vielen konkurrierenden Interessen, würden wir nicht noch einmal zu so zukunftsweisenden Entscheidungen finden. Die Botschaft ist deshalb, dass es sich hier wirklich um eine Agenda für die Zukunft handelt und dass wir weiter daran arbeiten müssen.

Patrick Rosenow (PR): Was soll nach der 2030-Agenda und den SDGs folgen? Gibt es schon Ideen und Konzepte, wie dieser Prozess nach den SDGs funktionieren könnte?

Im Jahr 2021 hat UN-Generalsekretär António Guterres mit seinem Bericht ›Unsere gemeinsame Agenda‹ (Our Common Agenda) einen Prozess für einen weiteren großen Sozialgipfel in Gang gesetzt: der Zukunftsgipfel (Summit of the Future) im Jahr 2024. Mithilfe dieses Prozesses werden wir auch in der Lage sein, den großen Systemwandel zu analysieren, der innerhalb der internationalen Gemeinschaft stattfinden muss. Dabei geht es unter anderem um die Frage, wie wir unsere internationalen Finanzinstitutionen so reformieren können, dass sie



Patrick Rosenow und Sophie Humer-Hager im Gespräch mit Ulrika Modéer (links). FOTO: DGVN

der Welt von heute dienen. Viele der Instrumente, mit denen wir derzeit hoch verschuldete Länder unterstützen, sind nach dem Zweiten Weltkrieg vom Internationalen Währungsfonds (International Monetary Fund – IMF) entwickelt worden.

›Unsere gemeinsame Agenda‹ befasst sich auch mit dem umfassenden Systemwandel bei den internationalen Institutionen, natürlich bei den Vereinten Nationen, aber auch etwa bei den so wichtigen Bretton-Woods-Institutionen, um unser internationales System zu stärken und den Herausforderungen von heute begegnen zu können. Wie werden die Strukturen der Friedenssicherung und Friedensförderung aussehen? Wie sollte die Finanzierungsarchitektur aussehen? Das sind meiner Meinung nach genau die richtigen großen Fragen, die ›Unsere gemeinsame Agenda‹ stellt – auch im Hinblick auf generationenübergreifende Ansätze. Wie funktioniert Entscheidungsfindung im Rahmen eines generationenübergreifenden Ansatzes? Wie funktioniert sie, wenn man das Konzept des Bruttoinlandsprodukts (BIP) infrage stellt?

Mit dieser Art Fragen des Generalsekretärs beschäftigen sich nun die Mitgliedstaaten und dieser Prozess wird im Jahr 2024 dazu beitragen, die verbleibende Umsetzung der SDGs neu zu gestalten und zu ermöglichen. Neben den gegenwärtigen Krisen und Schocks, mit denen wir konfrontiert sind, werden die SDGs auch deshalb nicht umgesetzt, weil uns unsere internationalen Systeme in dieser unruhigen Welt nicht optimal dienen. So müssen wir zum Beispiel mehr auf Systemlösungen auf Länderebene setzen, wobei das UNDP Unterstützung leistet. Aber wir brauchen auch ganz neue Systeme für die internationale Gemeinschaft, um die globalen Herausforderungen der Welt besser zu bewältigen.

SHH: Die Gleichstellung der Geschlechter ist ein wesentlicher Bestandteil der SDGs. Welche Rolle spielt das UNDP bei der Umsetzung der Geschlechtergleichstellung und ist dies ein Versuch, die Menschenrechte stärker in die Arbeit des UNDP zu integrieren?

Mit unserer Arbeit beim UNDP verfolgen wir einen rechtbasierten Ansatz. Das ist heutzutage keine Selbstverständlichkeit und spricht für das Vertrauen, das die Mitgliedstaaten in das UNDP haben, weil wir sie schon so lange in ihrer Entwicklung begleiten. Wir werten es als gutes Zeichen, dass man uns als UNDP vertraut, dass wir mit der Integration eines rechtbasierten Ansatzes in unsere Arbeit der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung der Länder und der Entwicklung insgesamt dienen. Was die Gleichstellung der Geschlechter betrifft, so ist dies ein zentraler Teil der Arbeit des UNDP: Wir verankern das Thema in allen Bereichen, doch die Gleichstellung ist auch

Ulrika Modéer

Die Schwedin Ulrika Modéer wurde am 6. Juni 2018 von UN-Generalsekretär António Guterres zur stellvertretenden Generalsekretärin und Direktorin des Büros für Außenbeziehungen und Interessensvertretung (BERA) des Entwicklungsprogramms der Vereinten Nationen (UNDP) ernannt. In dieser Funktion leitet sie die Organisation bei der Pflege und dem Ausbau wichtiger Beziehungen zu den Mitgliedstaaten und neuen und aufstrebenden Partnern. Sie steuert die Kommunikation und Lobbyarbeit des UNDP, um die Vision der Ziele für nachhaltige Entwicklung (SDGs) zu verwirklichen.

Vor ihrer Zeit bei den UN war Modéer als Staatssekretärin für internationale Entwicklungszusammenarbeit und Klima in Schweden tätig. In dieser Funktion leistete sie einen entscheidenden Beitrag zur Neugestaltung der internationalen Entwicklungszusammenarbeit Schwedens, um die SDGs zu verwirklichen. Sie setzte sich während dieser Zeit für zahlreiche UNDP-relevante Themen ein, darunter Geschlechtergleichstellung, die Reform der Vereinten Nationen, die Finanzierung des multilateralen Systems, Klima und Umwelt, Konfliktprävention und die Verknüpfung zwischen humanitärer Hilfe und Entwicklung. Modéer besitzt sowohl fundierte politische Kenntnisse als auch Erfahrungen aus der parlamentarischen Arbeit und der Zivilgesellschaft. Sie war in mehreren UN-Einsätzen in Lateinamerika (Bolivien, Guatemala) und Afrika (Mosambik, Südafrika) tätig.

ein eigenständiges Ziel in unserem Strategieplan. Sie gehört zu unseren Schlüssellösungen.

In unserer neuen Gleichstellungsstrategie, mit der wir im Jahr 2022 starteten, ging es auch darum, zu sehen: Wo müssen wir mehr Anstrengungen unternehmen, um einen Wandel herbeizuführen. Für jede einzelne Schlüssellösung haben wir, neben der durchgängigen Berücksichtigung und den Projekten und Programmen, Bereiche identifiziert, in denen wir innerhalb des UN-Systems in einer wahrscheinlich einzigartigen Position sind, um Veränderungen zu bewirken. Einer dieser Bereiche ist unsere Arbeit in der finanziellen Entwicklung, sowohl bei den öffentlichen als auch bei den privaten Finanzen. So unterstützen wir beispielsweise 85 Länder bei der Entwicklung ihrer integrierten nationalen Finanzlösungen (INFS) und sorgen dann dafür, dass die Gleichstellung der Geschlechter vollständig in diese Finanzpläne eingearbeitet wird.

Wir versuchen, das Thema Gleichstellung in unsere Arbeit mit den Finanz- und Planungsministerien einzubringen, die wir gemeinsam mit der Weltbank und anderen Institutionen durchführen, um so viel Einfluss wie möglich zu haben. Wir bemühen uns zwar nach wie vor um die durchgängige Berücksichtigung in Projekten und Programmen, aber wir versuchen auch herauszufinden, wo wir mehr strukturelle Veränderungen bewirken können, als

wir es vielleicht bisher getan haben. Die Arbeit an der Finanzierung ist einer dieser Bereiche (Gender Budgeting).

Das lief zum Beispiel folgendermaßen: Als der Generalsekretär das UNDP beauftragte, eine sozialwirtschaftliche Analyse durchzuführen, wie sich COVID-19 auf einzelne Länder auswirkt, arbeiteten wir mit der Weltbank zusammen und erhielten bei den Vereinten Nationen dann Daten, die mehr oder weniger die Geschlechter nicht berücksichtigten. Das fanden wir nicht in Ordnung, weil so die Gefahr bestand, dass die Staaten bei ihren Planungen zur Bewältigung der wirtschaftlichen Krise die spezielle Lage der Frauen außer Acht lassen würden. COVID-19 traf nicht nur die Wirtschaft, sondern auch die Frauen besonders hart, und es besteht die Gefahr, dass zum Beispiel ihre besondere Rolle in der unbezahlten Pflegearbeit nicht mit einbezogen wird. Gemeinsam mit UN Women haben wir dann einen ›Gender-Tracker‹ zum Nachverfolgen von Geschlechterperspektiven entwickelt, der alle sozialwirtschaftlichen Pläne aus der Geschlechterperspektive untersucht. So konnte das UNDP sicherstellen, dass unsere Analysen die Gleichstellung der Geschlechter berücksichtigte und dass auch bei den entsprechenden Maßnahmen diese Gleichstellung berücksichtigt werden konnte. Dieses Nachverfolgen von Geschlechterperspektiven wurde während der Pandemie zu einem sehr wichtigen Instrument.

»Das immer stärkere Zurückdrängen des Themas Geschlechtergleichstellung ist natürlich ein Grund zur Besorgnis.«

PR: Wo stehen wir derzeit in der Frage der Gleichstellung der Geschlechter? Was sind die größten weltweiten Herausforderungen?

Der Generalsekretär spricht von einer Gegenreaktion und von der Notwendigkeit, sich gegen die Rückschritte der letzten Jahre zu wehren. Wir beobachten seit einigen Jahren – und das ist Teil unserer Arbeit für den Bericht über die menschliche Entwicklung (Human Development Report – HDR) – wie sich die sozialen Normen in einigen Staaten verändern, aber auch welche Trends sich weltweit entwickeln. Ich glaube, es ist jetzt zwei, fast drei Jahre her, dass wir hierzu den ersten Index für geschlechtsspezifische soziale Normen (Gender Social Norms Index – GSNI) herausgaben, den wir jetzt kürzlich aktualisiert haben.

Die Vorurteile gegen – und das immer stärkere Zurückdrängen des Themas – Geschlechtergleich-

stellung sind natürlich ein Grund zur Besorgnis, denn sie ist ja ein Schlüsselinstrument für die Verwirklichung der Rechte der Frauen, aber auch für die Entwicklung von Gesellschaften insgesamt. Es gibt auch immer mehr Falsch- und Desinformation zum Thema Gleichstellung der Geschlechter. Die Rechte der Frauen werden zum Teil zu dem, was heutzutage unter ›Kulturkampf‹ läuft. Unsere Kolleginnen und Kollegen vom Bevölkerungsfonds der Vereinten Nationen (United Nations Population Fund – UNFPA) konnten zum Beispiel nach den Verhandlungen der Kommission für Bevölkerung und Entwicklung (Commission on Population and Development – CPD) im April dieses Jahres kein Ergebnisdokument vorlegen, weil es einfach zu viele Widerstände bei den Themen sexuelle und reproduktive Gesundheit und den damit verbundenen Rechten gab. Um einen Rückschritt statt eines Fortschritts in diesem Bereich zu vermeiden, entschieden sich die Mitgliedstaaten also gegen ein Ergebnisdokument. Jetzt, wo sich dieser Rückwärtstrend und die Widerstände so deutlich zeigen, müssen wir noch strategischer vorgehen, um die Agenda nach vorne bewegen zu können.

PR: Sie kommen aus Schweden, dem ersten Land, das eine feministische Außenpolitik eingeführt hat. Inzwischen haben sich weitere Länder angeschlossen, darunter auch Deutschland. Was denken Sie, welche Chancen hat eine feministische Außenpolitik?

Auch António Guterres bezeichnet sich als Feminist, und ich denke, das zieht sich durch das gesamte UN-System: Es geht um Machtverhältnisse, um Rechte und es geht um Transformation. Ich denke, das wird allgemein anerkannt und akzeptiert. Doch wie sieht es mit der Umsetzung aus? Eine solche politische Initiative muss auf jeden Fall von Handlungskonzepten begleitet werden, die beispielsweise auch die gesamte deutsche Außenpolitik und Entwicklungszusammenarbeit einbeziehen. Eine feministische Außenpolitik muss über das, was wir in der internationalen Entwicklungszusammenarbeit tun, hinausgehen. Es geht auch um den Handel, es geht um Sicherheit – es geht um knallharte außenpolitische Themen.

PR: Einige UN-Mitgliedstaaten haben den Feminismus zu einer Ideologie erklärt.

Ich glaube nicht, dass das so provokativ gemeint ist, wie es klingt. Der Feminismus wird doch zunehmend anerkannt. Guterres sagt, er sei Feminist, weil er die Regeln des Machtspiels infrage stellen will. Natürlich haben wir innerhalb der Vereinten Nationen eine Menge Arbeit zu diesen Themen. Als jemand, der aus Schweden kommt, kann ich meine Erfahrungen einbringen und mit den meisten Mitgliedstaaten Maßnahmen und eine Strategie erarbei-

ten, die zu einer feministischeren Politik führen können. Die Mitgliedstaaten und wir als UN-Organisationen werden dann schon einen gemeinsamen Weg finden. Als UNDP wären wir mit unserer neuen, kürzlich aktualisierten Gender-Strategie mehr als glücklich, eine Diskussion mit den Mitgliedstaaten zu führen. Eine feministische Außenpolitik muss in Aktionspläne umgesetzt werden. Das ist das Wichtigste.

SHH: Wie sieht das UNDP seine Rolle bei Wiederaufbauprozessen in fragilen Staaten wie in Afghanistan, in denen wir auch systematische Menschenrechtsverletzungen beobachten?

Wir leben in einer Welt, in der es immer mehr langwierige Krisen und Konflikte gibt, die auch Menschenrechtsverletzungen mit sich bringen. Der Großteil der Arbeit des UNDP findet im Rahmen dieser anhaltenden Krisensituationen statt. Neben der humanitären Arbeit der Vereinten Nationen engagiert sich das UNDP auch bei langfristigen Krisen und Konflikten, nicht zuletzt um die erfolgten Anstrengungen zu sichern. Als die Taliban im Jahr 2021 in Afghanistan die Macht übernahmen, stellen die Vereinten Nationen ihre Zusammenarbeit ein, weil wir die Taliban als Machthaber nicht anerkennen. Wir schlugen dann eine lokale Unterstützung in den Gemeinden vor, denn wir waren auch vor 20 Jahren schon hier, als das Taliban-Regime schon einmal herrschte. Jetzt haben wir einen Weg gefunden, um vor Ort in den Regionen mit der Zivilgesellschaft zusammenzuarbeiten, um die Grundversorgung aufrechtzuerhalten und um durch genau diese Grundversorgung auch die lokale Wirtschaft und die Widerstandsfähigkeit der Bevölkerung zu stärken. Und wenn die Gemeinden weiterhin ihre Freiräume, die Grundversorgung und Grundrechte – auch die der Frauen und Mädchen – lokal aushandeln sollen, dann sollte man wissen, dass das Diktat des Taliban-Regimes nicht im gesamten Land auf die gleiche Weise greift. Dies war beim letzten Mal der Fall, als die Taliban in bestimmten Teilen des Landes herrschten. Was kaum bekannt ist, ist, dass es in Afghanistan viele von Frauen geführte lokale Unternehmen und Kleinbetriebe gibt. Das können kleine Läden an der Ecke oder kleine Nähereien sein. Das UNDP betreut ein Netzwerk von rund 35 000 dieser kleinen, von Frauen geführten Unternehmen im ganzen Land. Wenn die internationale Gemeinschaft also den Frauen und Mädchen in einem Land wie Afghanistan beistehen möchte, dann soll sie den internationalen Druck durch Sanktionen aufrechterhalten, aber die Frauen und Mädchen in Afghanistan nicht im Stich lassen oder sie von rein humanitärer Hilfe abhängig machen. Warum sollte eine Frau in einer Essensschlange stehen, um Almosen zu erhalten, wenn man sie dabei unterstützen kann, die Wirt-

schaft zu stärken und weiterhin eine unternehmerische Kraft in ihrer lokalen Gemeinde zu sein? Das verschafft der Frau nicht nur ein Einkommen für ihre Familie, sondern auch Verhandlungsspielraum. Es macht sie widerstandsfähig und stark genug, um mit der lokalen Führung darüber zu verhandeln, dass die Schulen auch den Mädchen zugänglich bleiben müssen, damit auch ihr Zugang zu Bildung erhalten bleibt. Lokale Gemeinden und Führer im ganzen Land haben damals wie heute diese Entscheidung getroffen. Hier hat sich unsere Erfahrung von vor 20 Jahren wiederholt. Wenn man eine feministische Außenpolitik vertritt, muss man auch in Afghanistan bleiben und den Frauen vor Ort beistehen, nicht nur die Aktivistinnen unterstützen, die das Land verlassen haben.

»Wenn die Taliban uns den Einsatz unserer Mitarbeiterinnen nicht erlauben, werden wir die Projekte nicht weiterführen.«

Zudem sollten wir niemals sagen, dass wir 20 Jahre an Investitionen verloren haben. Andernfalls geben wir diese jungen Frauen in Afghanistan auf, die eine Ausbildung gemacht haben, die Hoffnung geschöpft haben und sich eine Zukunft aufbauen wollen und die sich jetzt in einer sehr verzweifelten Lage befinden. Sie brauchen unsere Unterstützung mehr denn je, und für mich sollte eine deutsche feministische Außen- und Entwicklungspolitik langfristig wirken und nicht nur humanitäre Hilfe für die Frauen und Mädchen in Afghanistan leisten.

PR: Aber dürfen Frauen in Afghanistan immer noch nicht für die UN beziehungsweise das UNDP arbeiten?

Gemeinsam mit unseren Kollegen und Kolleginnen haben wir gesagt, dass wir nur arbeiten, wenn wir auch unsere Mitarbeiterinnen einsetzen dürfen. Wenn die Taliban uns das nicht erlauben, werden wir die Projekte nicht weiterführen. Doch wir konnten fast unsere komplette begonnene Arbeit mit unseren Mitarbeiterinnen fortsetzen. Das UNDP akzeptiert keine dieser einschränkenden Maßnahmen, sondern wehrt sich und erklärt, dass wir hier sind, um die Menschen in Afghanistan zu unterstützen, auch die Frauen.

SHH: Noch eine Frage zu dem Tanker vor der Küste Jemens: Könnten Sie bitte etwas näher auf diesen speziellen Vorfall und die geplante Bergung des Tankers durch das UNDP eingehen?

Es handelt sich um eine gemeinsame UN-Maßnahme unter der Leitung des Residierenden Koordinators (Resident Coordinator – RC) in Jemen und des UNDP. Die ›FSO Safer‹ ist ein Supertanker im fortgeschrittenen Stadium des Zerfalls, der bislang als Ölterminal genutzt wurde, aber aufgrund des Krieges in Jemen nicht gewartet wird. Wir wurden gebeten einzugreifen, weil es offenbar keine andere UN-Organisation und keinen Staat gab, der in der Lage oder bereit gewesen wäre, diese Aufgabe zu übernehmen und das damit verbundene Risiko einzugehen. Das größte Risiko hier besteht jedoch darin, nichts zu tun, denn dies würde früher oder später voraussichtlich zur weltweit schlimmsten Ölpest jemals führen. Wir hoffen wirklich, dass die Bergung funktioniert. Der Tanker könnte auseinanderbrechen oder explodieren, deshalb drücken wir jetzt ganz fest die Daumen, dass die Rettungsaktion gelingt. Wir haben eine Vereinbarung mit einem Bergungsunternehmen abgeschlossen. Das Schiff bewegt sich bereits in Richtung Küste.

Der Plan ist, den Tanker leer zu pumpen, der seit Jahrzehnten an der gleichen Stelle liegt. Wenn wir über die möglichen Schäden sprechen: 200 000 Menschen würden sofort ihren Lebensunterhalt verlieren, wenn es zu einem Ölaustritt käme. 17 Millionen Menschen in Jemen benötigen bereits Nahrungsmittelhilfe, das Weiterführen dieser Hilfe wäre dann gefährdet. Die Kosten für die Beseitigung der

Schäden werden auf mehr als 20 Milliarden US-Dollar geschätzt. Wenn das kein klarer Fall für Prävention ist, dann weiß ich es auch nicht.

Am 4. Mai fand eine Online-Konferenz zur Schließung der verbleibenden Finanzierungslücke statt, die vielleicht nicht so erfolgreich war, wie wir gehofft hatten. Einige Staaten haben bereits ihren Anteil beigesteuert, darunter Deutschland mit zwölf Millionen US-Dollar. Wir stehen aber immer noch vor einer Finanzierungslücke von rund 24 Millionen US-Dollar. Insgesamt haben wir bis jetzt 105 Millionen US-Dollar aufgebracht, aber das reicht nur für die Anfangsphase und deckt nicht die gesamten Kosten der Bergungsaktion. Mit diesem Geld kann die internationale Gemeinschaft die Kosten für eine Sanierung in Höhe von 20 Milliarden US-Dollar einsparen. Dabei geht es gar nicht nur um die Risiken für die reiche biologische Vielfalt im Roten Meer oder die armen Bevölkerungsgruppen, die in Jemen im Konflikt leben, sondern auch um die Rettung der Schifffahrtsindustrie, die von dieser Route abhängig ist. Eine Ölpest würde zusätzlich massive Kosten für den internationalen Handel bedeuten.

Wir brauchen also nicht nur einen Appell an die Mitgliedstaaten, sondern auch einen an die internationale Schifffahrtsindustrie. Die deutsche Schifffahrtsindustrie sollte sich hier angesprochen fühlen. Es gibt eine UNDP-Fundraising-Kampagne, bei der der Privatsektor investieren kann.

PR: Warum findet die Rettungsaktion jetzt statt?

Umweltorganisationen fordern dies schon seit Jahren, und als das UNDP aufgefordert wurde, die Aktion zu übernehmen, war klar, dass wir uns damit befassen müssen. Bisher hatte einfach niemand die Verantwortung dafür übernommen, eine pragmatische Lösung zu finden, weil der Krieg und die Situation an der Küste das Ganze so kompliziert machen. Allein die technischen Aspekte der Bergungsaktion sind sehr kompliziert – an das Schiff überhaupt erst heranzukommen und all die komplizierten Details: Was zum Beispiel soll mit dem abgepumpten Öl geschehen, wenn wir es entladen haben? Wie kann oder soll es auf dem Markt verkauft werden? Die Tatsache, dass kein einziger Mitgliedstaat sich für die Rettung der ›FSO Safer‹ verantwortlich fühlte, bringt doch die Bedeutung der UN auf den Punkt.

Aus dem Englischen von Regina Eickhoff

Das Interview fand am 9. Mai 2023 in Berlin statt. Die Fragen stellten Sophie Humer-Hager, Redakteurin der DGVN-Webseiten-Portale, und Dr. Patrick Rosenow, Leitender Redakteur der Zeitschrift VEREINTE NATIONEN. Weitere Teile des Gesprächs finden Sie unter: nachhaltig-entwickeln.dgvn.de/

English Abstract

Ulrika Modéer

»We are Halfway There, but Far from Meeting the Goals«, pp. 126–130

In this interview, Ulrika Modéer, Assistant Secretary-General and Assistant Administrator and Director of the Bureau of External Relations and Advocacy (BERA) of the United Nations Development Programme (UNDP), talks about the implementation of the Sustainable Development Goals (SDGs), gender equality, and recent challenges for UNDP. Regarding the achievement of the SDGs she fears that humankind is halfway there but far from meeting the goals. In fact, approximately 30 percent of the goals are regressing. In his report, ›Our Common Agenda,‹ the UN Secretary-General addresses intergenerational approaches to the year 2030 and beyond. UNDP's current challenges include humanitarian projects in Afghanistan and preventing a natural disaster off the coast of Yemen, where the spill of crude oil from the damaged oil tanker ›FSO Safer‹ is being prevented.

Keywords: Afghanistan, Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP), Entwicklungsziele/SDGs, Geschlechterfragen, Jemen, Afghanistan, United Nations Development Programme (UNDP), development goals/SDGs, funding issues, gender issues, Yemen